

**Von:**

**Gesendet**

:

**An:** recht-post@e-control.at

**Betreff:** Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Gasversorgungsstandardverordnung geändert wird (GSVG-Novelle 2026)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum vorliegenden Verordnungsentwurf zur Änderung der Gasversorgungsstandardverordnung (GSVG) Stellung nehmen zu können. Der vorliegende Verordnungsentwurf konkretisiert die nationalen Erhebungsdetails und Nachweispflichten zur Umsetzung des Gasversorgungsstandards gemäß § 121 Abs. 5 GWG 2011 sowie die Verweise auf die Bevorratungsverpflichtungen für große Gaskraftwerksbetreiber (ab einer Engpassleistung von 50 MW) gemäß § 75 EIWG.

Aus unserer Sicht weist die im Entwurf gewählte Stoßrichtung jedoch eine fundamentale inhaltliche Schiefelage auf. Anstatt die Versorgungssicherheit real zu stärken, führen die vorgeschlagenen Maßnahmen zu massiven Marktverzerrungen. Die geplanten Regelungen greifen unverhältnismäßig in die Portfoliobewirtschaftung der Marktteilnehmer ein, verknappen künstlich die Liquidität und verursachen erhebliche Kosten – ohne dass dem österreichischen System dadurch auch nur ein einziger zusätzlicher Kubikmeter Gas physisch zur Verfügung gestellt wird.

Aus unserer Sicht ergeben sich zum Verordnungsentwurf folgende kritische Kernpunkte:

### **1. Massive Einschränkung der Marktliquidität durch starre Zweckwidmung**

Der Entwurf sieht vor, Gasmengen für große Stromerzeugungsanlagen für einen Zeitraum von 30 Tagen im Winter starr vorzuhalten und über exklusive Speichernutzungsverträge abzusichern. Diese Maßnahme ist marktschädigend:

- **Entzug von liquiden Puffern:** Die dedizierten „Speicherscheiben“ werden dem freien Markt entzogen und stehen dem kurzfristigen Spot- und OTC-Handel nicht mehr zur Verfügung.
- **Künstliche Volatilität:** Wenn ein signifikanter Teil des Speichervolumens administrativ „eingefroren“ wird, verkleinert sich die frei handelbare Menge. Jede Nachfrageschwankung trifft auf ein künstlich verknapptes Angebot, was Preisspitzen (Volatilität) unweigerlich anheizt.
- **Einschränkung des Risikomanagements:** Versorgern wird die essenzielle Flexibilität genommen, um auf unvorhergesehene Marktereignisse effizient reagieren zu können.

### **2. Marktverzerrung und Preistreiberei durch rollierende Bevorratung**

Die Verpflichtung, über die gesamten Wintermonate hinweg (bis in den März) rollierend einen 30-tägigen Durchschnittsverbrauch für Gaskraftwerke vorzuhalten, ist wirtschaftlich und operativ untragbar:

- **Ineffiziente Bewirtschaftung zum Winterende:** Kraftwerksbetreiber werden gezwungen, am Ende der Heizsaison weitaus größere Gasmengen im Speicher zu binden, als der tatsächliche Restbedarf bis zum Sommer erfordern würde.
- **Zwang zum teuren Spotmarkt:** Weil Betreiber ihre eigenen Speichermengen aufgrund der starren Vorhaltepflcht nicht rational abfahren dürfen, werden sie in frühen und mittleren Winterphasen gezwungen, fehlendes Gas teuer am Spotmarkt zuzukaufen. Dies treibt das Preisniveau für alle Verbraucher nach oben.
- **De-facto Schattenreserve:** Da ein Ausspeichern im April oder Mai betriebswirtschaftlich kaum sinnvoll ist, fungiert diese Vorgabe als versteckte, unbezahlte „Strategische Gasreserve“, deren Kosten einseitig den Marktteilnehmern aufgebürdet werden.

### **3. Fehlender Mehrwert für die physische System-Resilienz (Bürokratie statt Sicherheit)**

Die vorgeschlagenen kleinteiligen Zuteilungs- und Nachweispflichten schaffen ein System der bürokratischen Scheinsicherheit:

- **Doppelregulierung:** Die Europäische Union gewährleistet durch übergeordnete, strenge Füllstandsvorgaben bereits das Makro-Sicherheitsnetz.
- **Papier schafft kein Gas:** Die granular überwachte Zuteilung auf nationaler Ebene erhöht das physische Gasangebot im österreichischen Netz um keinen einzigen Kubikmeter.
- **Fehlallokation von Ressourcen:** Anstatt Investitionen in echte Resilienz (wie Diversifizierung der Quellen oder Infrastruktur) zu fördern, erzeugt das Gesetz lediglich massiven administrativen Aufwand. Im Ernstfall einer tatsächlichen Mangellage entscheidet ohnehin das Energielenkungsgesetz (EnLG) über die physischen Flüsse, nicht das im Vorfeld erstellte Papierticket.

### Die regulatorische Lawine auf EU-Ebene ab 2027

Diese zusätzlichen nationalen Restriktionen treffen auf ein Marktumfeld, das durch europäische Vorgaben ab dem Jahr 2027 ohnehin strukturell massiv eingeengt wird:

- **Der endgültige Ausstieg aus russischem Gas:** Ab dem 01.01.2027 sind Importe aus langfristigen russischen LNG-Verträgen strikt verboten, und ab dem 30.09.2027 endet zudem der physische Bezug von russischem Pipelinegas vollständig. Dies führt zu einer massiven, globalen Umverteilung der LNG-Ströme und verschärft den Wettbewerb um alternative Quellen – insbesondere für Österreich als zentrales Transitland Richtung Osten.
- **Die EU-Methanverordnung:** Strenge Mess-, Melde- und Reduktionspflichten sowie das Verbot von Venting und Flaring entlang der gesamten Lieferkette verkleinern den Kreis potenzieller globaler Lieferanten, verknappen das Angebot und treiben die Beschaffungskosten massiv in die Höhe.
- **Einführung des ETS2:** Der ab 2027 greifende neue Emissionshandel für die Sektoren Gebäude und Verkehr (ETS2) legt einen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Preisdeckel über den Markt und erhöht den finanziellen Druck auf die Gaswirtschaft weiter.

Die Kumulation dieser EU-Maßnahmen birgt bereits das Risiko, dass Europa als Ziel für weltweite Gaslieferungen an Attraktivität verliert. Rein nationale Zusatzrestriktionen wirken in diesem Kontext wie eine zusätzliche Zwangsjacke.

### Fazit und Plädoyer für Marktvertrauen


Abschließend möchten wir dringend dafür plädieren, das Vertrauen in die Stabilität und die Funktionsfähigkeit des bestehenden Systems zu stärken. Der Markt funktioniert, und die Versorger kommen ihren Lieferverpflichtungen verlässlich und eigenverantwortlich nach. Wir tragen diese Verantwortung und nehmen unsere eingegangenen Verpflichtungen ernst. Auch die stabile Eigentümerstruktur aller großen Akteure in der österreichischen Energiebranche sollte als beruhigender Faktor für den Markt wirken.

In diesem Zusammenhang muss auch betont werden, dass kleinteilige nationale Bevorratungsvorgaben im tatsächlichen Krisenfall ihre rechtliche und praktische Relevanz verlieren: Die europäischen Gasversorgungsvorschriften (Gas-SoS-VO) regeln die Füllstände und Notfallmechanismen auf übergeordneter Ebene und verpflichten die Mitgliedstaaten zu gegenseitiger Solidarität. Im Falle einer echten, großflächigen Mangellage greifen ohnehin die europarechtlichen Solidaritätsmechanismen, nach denen Mitgliedstaaten für ihre EU-Nachbarn einstehen müssen, um die Versorgung geschützter Kunden grenzüberschreitend zu sichern. Auf nationaler Ebene werden die physischen Gasflüsse in einer solchen Extremsituation primär durch das Energielenkungsgesetz (EnLG) koordiniert und nicht durch im Vorfeld administrativ zugeordnete Bevorratungsmengen einzelner Kraftwerke.

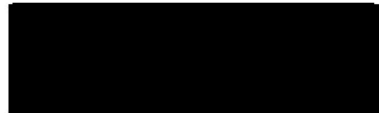
Eine diplomatischere regulatorische Begleitung sollte daher den Fokus auf die Stärkung des Marktvertrauens und die proaktive, europäisch abgestimmte Vorsorge legen, anstatt das Szenario einer Mangellage durch eine rein nationale und im Krisenfall ohnehin wirkungslose Überregulierung zu forcieren.

Für Fragen oder einen weiteren fachlichen Austausch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung!

Schöne Grüße  
Markus Watscher



TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG  
Bereich Energiehandel u. Energiewirtschaft  
Portfoliomanagement und Trading  
Eduard-Wallnöfer-Platz 2  
6020 Innsbruck



[www.tiwag.at](http://www.tiwag.at)

Firmenbuchgericht Innsbruck, FN 44133b  
Sitz der Gesellschaft: Innsbruck, UID: ATU31727904

Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie in unserem  
Informationsblatt Datenschutz unter [www.tiwag.at/datenschutz](http://www.tiwag.at/datenschutz).